

Sitten | Staatspersonal und Lehrer bekämpfen PAS 1

Von 75 Millionen bleibt wohl nichts übrig...

Walliser Bote, 25.3.2014



Das Walliser Staatspersonal bekämpft das Entlastungspaket des Kantons mit der Lancierung eines Referendums.

Dem Walliser Staatspersonal und der Lehrerschaft sind vor allem die Sparmassnahmen bei der Bildung ein Dorn im Auge. Sparmassnahmen auf Kosten der Qualität der öffentlichen Schulen sind für den Verband der Magistraten, der Lehrerschaft und des Personals des Staates Wallis (ZMLP) nicht hinnehmbar.

Der Entscheid, ein Referendum zu ergreifen, sei im Direktions- und Zentralkomitee einstimmig gefallen. Jetzt nicht zu reagieren würde bedeuten, Tür und Tor zu öffnen für weitere Budgetkürzungen.

Damit steigt die Wahrscheinlichkeit, dass vom ursprünglichen Entlastungsprogramm von 75 Mio. Franken nichts übrig bleibt... | Seite 2

Widerstand. Maurice Tornays Entlastungsprojekt wird weiter arg zerzaust.

FOTO WB

«Nicht Tür und Tor für weitere Kürzungen öffnen»

Walliser Bote, 23.3.2014

SITTEN | Den Kantonsfinanzen droht wie erwartet weiteres Ungemach. Gegen ein vom Parlament in der März-Session beschlossenes Sparpaket wird das Referendum ergriffen.

Das ist alles andere als eine Überraschung. Marylène Volpi Fournier, Grossrätin der Grünen und Präsidentin des ZMLP, kündigte dies bereits nach dem Entscheid des Parlaments am 12. März 2014 an. Für den ZMLP sind Sparmassnahmen auf Kosten der Qualität der öffentlichen Schulen nicht hinnehmbar.

3000 Unterschriften in drei Monaten

Das Direktions- und das Zentralkomitee des ZMLP, der 9500 Mitglieder zählt, haben ihre Präsidentin erwartungsgemäss nicht im Regen stehen lassen. Der Entscheid für das Referendum wurde gemäss einer Mitteilung am letzten Donnerstag einstimmig getroffen. Die zwölf Mitgliederverbände haben nun 90 Tage Zeit, um die 3000 nötigen Unterschriften gegen das Dekret zu sammeln. Das Dekret zur Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates (PAS 1) tritt sofort in Kraft. Kommt das Referendum zustande, wird das Volk über die Vorlage entscheiden. Stimmt das Volk dem Referendum zu, wird das gesamte Entlastungspaket, welches das Parlament bereits um die Hälfte auf noch 35 Millionen Franken stutzte, hinfällig. Das Entlastungspaket der Regierung wäre dann kläglich gescheitert. Die Kantonsfinanzen würden endgültig aus dem Ruder laufen.

«Der Sparzug ist erst angefahren»

«Jetzt nicht zu reagieren, hiesse

Tür und Tor für weitere Budgetkürzungen zu öffnen. Der Sparzug ist erst angefahren», sagte Volpi Fournier bereits vor zwei Wochen im Parlament, wo sie sich heftig gegen die Massnahmen im Bildungsbereich zur Wehr setzte. Die zweite Phase der Prüfung der Aufgaben und Strukturen des Staates Wallis (PAS 2) könnte noch schmerzhafter für die Schulen ausfallen und die Dienstleistungen aller öffentlichen Dienste und Anstalten betreffen. Den Auftrag für diese Expertise hat die Regierung dem BAK Basel übertragen.

100 Vollzeitstellen sollen gestrichen werden

Für den ZMLP rechtfertigen drei Artikel des Dekrets die Ergreifung des Referendums. Zwei davon betreffen die Streichung der Entlastungsstunden für Betreuungsarbeit auf allen Schulstufen im Kanton, ausgenommen im tertiären Bereich. Konkret geht es um die Streichung von gut hundert Vollzeitäquivalenzen bei den Klassenlehrern, der Betreuung, der pädagogischen Animation, der Schulleitung und der Schulmediation: «Diese Aufgaben sind kein Luxus. Der Klassenlehrer hat einen Gesamtüberblick über die Schüler und die Schule und ist somit der wichtigste und kompetenteste Gesprächspartner für die Eltern. Er kann mithelfen, Probleme früh zu erkennen und Lösungen zu suchen.»

Den Anfangslohn nicht kürzen

Die Schulmediatoren setzten sich nach bewährten Mustern für die Vermeidung und Entschärfung von Konfliktsituationen und Gewalt ein. Bei der individuellen Schülerhilfe zu

sparen, hiesse die Schwächsten zu bestrafen. In einer Zeit grosserer sozialer und kultureller Durchmischung der Klassen müsse täglich neuen und komplexeren Herausforderungen begegnet werden: «Hier die Mittel zu streichen, ist ein Fehlschluss.»

Im dritten beanstandeten Artikel geht es um die Herabsetzung des Anfangslohns der Lehrpersonen im ersten Unterrichtsjahr um fünf Prozent. Das könne so nicht hingenommen werden. Denn die Orientierungsschullehrer, von denen es im Oberwallis bereits heute viel zu wenige gebe, kämen zum Beispiel wegen der Praktika und Stages im ersten Unterrichtsjahr meistens nur auf ein 30-prozentiges bezahltes Pensum: «Ein Wartejahr bei

der Lohnklasse kennen sie bereits und nun sollen sie zudem fünf Prozent weniger verdienen. Das ist unhaltbar.» Den Lehrermangel an der OS kann man so natürlich nicht wirklich bekämpfen.

«Das ist absurd»

Der Verband hat auch Sorgen, dass es zu einem Qualitätsabbau an den Walliser Schulen kommt. Die Qualität einer Schule und die Leistungen der Schülerschaft beschränkten sich nicht nur auf den Unterricht in der Schulklasse. Sie würden von zahlreichen Faktoren und Bemühungen abhängen, die ein Gesamtangebot bilden. Die PISA-Studien hätten gezeigt, dass der Stolz der Walliserinnen und Walliser auf ihre Schule berechtigt sei. Das

heisse aber auch, dass ein Abbau im Schulbereich nicht ohne Folgen für die Qualität der Walliser Schulen bleiben würde. Die im Parlament mit einer knappen Mehrheit von neun Stimmen angenommenen Sparmassnahmen in der Höhe von fünf Millionen Franken könnten nicht die letzten gewesen sein, befürchtet man: «Ist das der Preis, den wir für die Zukunft unserer Kinder bezahlen wollen? Wollen wir den Beitrag der Schule zum gesellschaftlichen Zusammenhalt des Kantons streichen?» Es sei absurd, dass das Kantonsparlament die Einsparungen bei der Bildung bewilligt habe, im Gegenzug aber darauf verzichtet habe, eine 300-fränkige Abgabe auf die Zweitwohnungen zu beschliessen. **hbi**



Neuer (Spar-)Ärger droht. Die Walliser Regierung müsste bei einem Ja in einer Volksabstimmung gegen das PAS-1-Dekret das gesamte Entlastungspaket ausser Kraft setzen.

FOTO WB